



27.07.2015

EVG fordert Arbeitgeberinitiative zum Abbau von Belastungen

Die EVG kritisiert erneut die Forderung der Arbeitgeber, die bisherige Begrenzung von Acht-Stunden-Arbeit pro Tag, aufzuheben. Laut Positionspapier des DIHK soll damit mehr Flexibilität in Zeiten der zunehmenden Digitalisierung der Arbeitswelt geschaffen werden.

Die für die Sozial-, Familien- und Tarifpolitik zuständige stellvertretende EVG Vorsitzende, Regina Rusch-Ziemba, erinnerte die Arbeitgeber an die immer weiter steigende Zahl der Überstunden. „Dass die bisherige Arbeitszeitregelung nicht unflexibel ist, beweist auch die Tatsache, dass die Deutschen innerhalb der EU die meisten Überstunden leisten“, so Regina Rusch-Ziemba. Sie unterstrich: „Mit monatlich rund 12 Überstunden je Beschäftigten sind wir so ‚flexibel‘ wie kein anderes Land innerhalb der EU.“ Zudem verwies sie auf die - in vielen Branchen bereits bestehenden - Tarifregelungen zur flexibleren Gestaltung der Arbeitszeit.

Als weiteres Argument gegen die Arbeitgeberforderung führt sie die nach wie vor steigende Zahl der psychischen Erkrankungen an. „Es vergeht kein Jahr, in dem die gesetzlichen Krankenkassen nicht neue Negativ-Rekorde verkünden müssen. Mit derzeit 14,6 Prozent stehen die psychischen Erkrankungen auf Platz 3 der Statistik – Tendenz steigend.“ Sie verwies darauf, dass für jeden zweiten Beschäftigten seine Arbeit Stressfaktor Nummer Eins ist.

Regina Rusch-Ziemba betonte: „Die Phantasie, die die Arbeitgeber für ihre Forderung aufgebracht haben, wünschte ich mir auch, wenn es darum geht, die psychischen Belastungen der Arbeit zu reduzieren. Wo sind die Forderungen der Arbeitgeber, um ihre Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer vor diesen Belastungen wirksam zu schützen?“

Sie unterstrich: „Gesundheitsfürsorge und Gesundheitsvorsorge im Betrieb ist mehr als der Grüne Apfel in der Kaffeeküche!“

**Wir leben
Gemeinschaft**